

V0706/21

**Ergänzungsantrag zu V0441/21 Errichtung einer inklusiven Mittelschule Südost hier: Beitritt zur Deutschen Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen**  
**-Ergänzungsantrag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 27.07.2021-**

**Stadtrat vom 29.07.2021**

*Der Antrag der Verwaltung V0441/21 und der Antrag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN V0706/21 werden gemeinsam behandelt.*

Stadtrat Reibenspieß äußert seine persönliche Meinung zur Mittelschule. Er sehe es als positives Signal, dass so viele Kindergärten und Schulen gebaut werden. Dies sei eine Investition für die Zukunft und biete große Chancen für die nachkommende Generation. Den fünf vorliegenden Anträgen für die Mittelschule Südost könne insgesamt zugestimmt werden, da die Stadt hiermit ihre Pflichten erfülle. Er merkt an, dass die Pläne im Detail noch überarbeitet werden müssten. Neben den Schwierigkeiten, geeignete Baugrundstücke für die Schulen zu finden, seien es konzeptionelle Aufgaben, welche gelöst werden müssten, jedoch nicht immer aus städtischer Hand. Stadtrat Reibenspieß betont, dass er die Planung von so großen Mittelschulen aus pädagogischen Gründen für falsch halte. Die Argumentation, dass größere Schulen ein größeres Angebot hätten, spreche für sich, aber kleinere Schulen machten einen persönlichen Bezug möglich, hätten entwicklungs- und lernpsychologische Vorteile und seien einfacher zu organisieren. Nach seinen Worten gehe es nicht um die Vermittlung von kognitiven Lernzielen, sondern vor allem um die Aufgaben im sozialen und menschlichen Bereich. Im Unterschied zu den weiterführenden Schulen sei die Mittelschule eine Pflichtschule mit einer sehr starken Heterogenität. Die Mittelschule sei aber keine Problemschule, so Stadtrat Reibenspieß. Problematisch sei nur die Häufung von Jugendlichen, die gesellschaftlichen Defizite mit sich brächten. Weiter verweist er auf die Schul-Problematik durch Corona. Seit dem Aussetzen des Präsenzunterrichts zeige sich der Stellenwert einer Schule besonders deutlich. Dies sei natürlich auch eine große Belastung für die Schulleitung und die Verwaltung. Stadtrat Reibenspieß unterstütze den Inklusionsgedanken mit den Partnerklassen von St. Vincent. Die Freiflächen für den Pausenhof sehe er dagegen kritisch. Er fragt nach, wo die Freispielbereiche für Ball- und Kooperationsspiele seien. Im Hinblick auf die fest installierten Tische und Bänke im Außenbereich könnten die vorhandenen Sportflächen in der Pause nicht genutzt werden. Bei den Räumlichkeiten des Schulhauses gehe er davon aus, dass die Aufsichtspflicht der Lehrkräfte durch Sichtbeziehungen zu den Gruppenräumen der Ganztagsklassen gewährleistet sei, denn eine Verbindung sei in den Plänen nicht ersichtlich. Stadtrat Reibenspieß betont, dass die Planungen und die Baumaßnahmen für den Lehrenden und Lernenden von fundamentaler Bedeutung seien. Schule sei für alle Schüler Lern- und Lebensraum, welcher oftmals familiäre Defizite ausgleiche und für die Bildungsgerechtigkeit sorgen müsse. Der Bau von Schulhäusern sei ein sichtbares Zeichen dafür, wie sehr künftige Generationen geschätzt werden.

Stadtrat Pauling betont, dass nachhaltiges Bauen gerade im Schulbereich sehr wichtig sei. Über den Bau des Jugendtreffs aus Holz zeigt er sich erfreut. Zu bemängeln sei, dass noch massiv Stahlbeton zu enorm hohen Energiekosten verbaut werde. Er möchte mit dem

Argument aufräumen, dass Nachhaltigkeit teuer sei. Der Stadtrat müsse sich eine Art und Weise angewöhnen, hier langfristig zu denken. Zum Holzpreis merkt er an, dass dieser wieder eingebrochen sei.

Stadtrat Achhammer stimmt Stadtrat Reibenspieß zu. Pädagogisch und fachlich seien seine Ausführungen richtig. Er merkt aber an, dass dieses Thema auf anderer politischer Ebene diskutiert gehöre. Weiter erkundigt er sich zum Sachstand zur Neuordnung der Asamstraße.

An Stadtrat Reibenspieß gewandt teilt Herr Engert mit, dass die Stadt mehr als ihre Pflicht erfülle. Zur Größe der Mittelschule verweist Herr Engert auf bereits geführte Diskussionen. Das Ziel der Mittelschule sei, das gesamte Ausbildungsprogramm dort anzubieten. Dies setze eine gewisse Größe voraus. Insofern sei diese Größe auch richtig und vertretbar. Herr Engert verweist auf Realschulen, welche noch größer seien. Was die Freiflächen betreffe, sei man bei der korrekten Größe, welche für den Pausenhof erbracht werden müsse. Er betont, dass das Grundstück eine gewisse Größe habe, mit der man zurechtkommen müsse. Insofern sei die Situation vor Ort so gelöst, dass entsprechende Pausenhofflächen zur Verfügung stehen. Was die Sichtbeziehungen betreffe, sei er entschieden für deren Herstellung.

An Stadtrat Pauling gewandt sagt er, es werden, soweit es der Planungsrahmen zulasse, sich darum bemüht, möglichst nachhaltige Elemente einzubauen. Um keine Zeit zu verlieren, regt Herr Engert an, die Planungen weiterlaufen zu lassen.

Am Beispiel dieser Schule sei der schnelle Wandel ersichtlich, so Stadträtin Leininger. Es sei eine grundsätzliche Richtung, welche in Zukunft eingeschlagen werden müsse. Während in der Vergangenheit jede einzelne Schule als Unikat betrachtet worden sei, müssten künftig bei allen Schulbauten diese Nachhaltigkeitsstandards umgesetzt werden. Stadträtin Leininger bedauert, dass diese Schule fern von den geforderten Standards sei.

An Stadtrat Achhammer gewandt informiert Herr Hoffmann, dass er hinsichtlich der Asamstraße noch keine konkrete Auskunft erteilen könne. Er merkt aber an, dass die Weiterführung des Radwegs bis hin zur Schule ein Ziel sei. Eine Berichterstattung solle im nächsten Ausschuss erfolgen.

Nach den Worten von Herrn Engert habe man sich bereits vor einem Jahr Gedanken hinsichtlich der Nachhaltigkeit gemacht. Erfreulich sei, dass viele Elemente eingebaut werden, welche ökologisch und nachhaltig seien. Dabei verweist er unter anderem auf die Fernwärme, eine Photovoltaikanlage und ein Gründach.

### ***Sodann ergeht folgende Beschlussfassung:***

#### **Abstimmung über den Antrag der Verwaltung V0441/21:**

##### **Mit allen Stimmen:**

Entsprechend dem Antrag genehmigt.

**Der Antrag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN V0706/21 ist durch die Verwaltungsvorlage erledigt.**

